

Deutsche Wirtschaft 1991/92

Die Konjunktur macht Pause

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, bis 1988 Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, ist seit vielen Jahren wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Seit den fünfziger Jahren wird in dieser Zeitschrift kontinuierlich über die Entwicklung der Wirtschaft der Bundesrepublik berichtet. Vor etwas über einem Jahr konnte erstmals die Wirtschaftsentwicklung im vereinigten Deutschland dargestellt werden.¹ Dabei nahmen die Probleme, die sich aus dem Bankrott des „real existierenden Sozialismus“ ergeben, breiten Raum ein. In der seitdem vergangenen Zeit wurde noch deutlicher, wie sehr die kommunistischen Herrscher Wirtschaft und Gesellschaft in ihrem Machtbereich ruiniert haben. Zusammenbruch und Ende der Führungsmacht Sowjetunion bildeten im vergangenen Jahr den Schlußpunkt des Scheiterns eines gewaltigen „sozialen Experiments“.

Kein anderes westliches Land vom Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ so stark betroffen

Keine andere westliche Volkswirtschaft ist von der Hinterlassenschaft der ruinösen Mißwirtschaft so betroffen wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Auswirkungen dieses Erbes werden die Entwicklung unserer Wirtschaft noch lange Zeit prägen. In den neuen Bundesländern ist in vielen Wirtschaftsbereichen fast ein Neuaufbau notwendig, zu dem allerdings eine gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerschaft zur Verfügung steht. Indessen ist dieser Neuaufbau nur mit großer westdeutscher Hilfe möglich. So hat eine gewaltige Umverteilung finanzieller Mittel von West- nach Ostdeutschland eingesetzt. „Das häufig geforderte ‚Teilen‘ findet in Deutschland bereits statt und erreicht (...) ein Niveau, um das die Bürger der neuen Bundesländer von den osteuropäischen Nachbarstaaten sehr beneidet werden“, stellt der Präsident des „Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“ fest.² Nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland gilt es, den Grundsatz der Gleichheit in den Bundesländern zur verwirklichen. Dies ist bei der Ausgangslage in den neuen Bundesländern eine riesige Herausforderung für unsere Volkswirtschaft, die leider nicht kurzfristig bewältigt werden kann. Am Ende des Weges wird indessen in den neuen Bundesländern eine Wirtschaft vorhanden sein, die dann sicherlich zu den modernsten der Welt zählen wird. Doch schon jetzt rechtfertigt die Tatsache, daß die Bürger Ostdeutsch-

1 GMH 1/1991, S. 26 ff.

2 Paul Klemmer, Ostdeutschland braucht 20 Aufholjahre, Börsenzeitung vom 3.1.1992.

lands bereits einen Lebensstandard haben, der beträchtlich höher ist als vor der Wende und weit über dem in den anderen früheren Ostblockstaaten liegt, den gewaltigen Umverteilungsprozeß von West nach Ost.³

Die Ursachen für wirtschaftliche Veränderungen sind in den neuen Bundesländern völlig andere als im alten Bundesgebiet; die Wirtschaftsentwicklungen sind verschiedenartig. Deshalb muß auch die wirtschaftspolitische Analyse nach West- und Ostdeutschland getrennt erfolgen. Eine zusammenfassende Betrachtung macht zur Zeit nur in bestimmten Fällen Sinn.

Mit der Einführung der D-Mark in der damaligen DDR am 1. Juli 1990 entstand ein gemeinsamer deutscher Wirtschafts- und Währungsraum. Er bewirkte in den alten Bundesländern eine boomartige Wirtschaftsentwicklung. In den vier Quartalen von Mitte 1990 bis Mitte 1991 stieg das westdeutsche Bruttosozialprodukt im Vergleich zum gleichen Vorjahrszeitraum *real* (das heißt um Preissteigerungen bereinigt) um 4,8 Prozent an. Diese Expansion war größtenteils auf Anstöße zurückzuführen, die von der deutschen Vereinigung ausgingen: „Die Umstellung der Ersparnisse (in Ostdeutschland) auf D-Mark und die erst durch die beträchtlichen Finanztransfers aus den alten Bundesländern ermöglichte hohe Steigerung der verfügbaren Einkommen hatten - angetrieben durch den hohen Nachholbedarf der ostdeutschen Bürger - einen Nachfrageschub ausgelöst. Aufgrund der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Produkte war die Nachfrage zunächst vornehmlich auf westliche Güter gerichtet (...). Dazu kam eine hohe Investitionsdynamik, die gleichfalls in Zusammenhang mit der Vereinigung stand. Die Unternehmen sahen sich durch den vergrößerten deutschen Markt, der die Absatzbedingungen dauerhaft verbessert, dazu veranlaßt, ihre Investitionspläne kräftig aufzustocken.“

So werden im Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Ursachen für die westdeutsche Sonderkonjunktur 1990/91 beschrieben.⁴ Diese Sonderkonjunktur bewirkte schließlich in Westdeutschland auch eine starke Ausweitung des privaten Verbrauchs. Dadurch konnte die Schwäche im Auslandsgeschäft mehr als ausgeglichen werden. Die erste Jahreshälfte 1991 war noch von diesen vereinigungsbedingten Auftriebskräften geprägt. Im 1. Halbjahr 1991 war das reale Bruttosozialprodukt in Westdeutschland noch um 4,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor.⁵

Seit dem Herbst stagniert das Sozialprodukt in Westdeutschland

Seitdem hat sich das wirtschaftliche Wachstumstempo erheblich abgeschwächt. Das Sozialprodukt stagnierte (blieb unverändert); manche sprechen

3 Ausführlicher zur Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern siehe J. Kromphard/G. Bruna-Latocha: Politisch vereint - wirtschaftlich gespalten, in: GMH12/1991, S. 733 ff.

4 Bundesrats-Drucksache 709/91.

5 Die Daten über die Wirtschaftsentwicklung sind neben dem Sachverständigen-Gutachten insbesondere entnommen: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1992, Wochenbericht 1-2/1992 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Berechnungen der Statistischen Bundesamtes.

sogar von einer leichten Rezession. Jedenfalls ist das Sozialprodukt in den beiden letzten Quartalen 1991 real jeweils etwas niedriger gewesen als im Vorquartal. Verglichen mit dem 2. Halbjahr 1990 war es allerdings noch um 1,9 Prozent höher, aber dieser Anstieg ging allein auf das Konto der guten Entwicklung zuvor. Als wichtige Gründe für das Ende der westdeutschen Sonderkonjunktur sind zu nennen: die weiterhin schwache Wirtschaftskraft in Ostdeutschland, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit, konnte keinen erneuten Wachstumsschub auslösen, das qualitativ erheblich besser gewordene Angebot von ostdeutschen Waren steigerte die Nachfrage nach ihnen, und die finanziellen Übertragungen von West nach Ost wurden in der zweiten Jahreshälfte 1991 nicht mehr in so starkem Maße erhöht wie zuvor. Hinzu kam, daß sich heraufgesetzte Sozialabgaben und Steuern dämpfend auf den privaten Verbrauch auswirkten. Die Investitionstätigkeit flachte ab, und die Auslandsnachfrage blieb schwach; immerhin werden etwa ein Drittel der in Westdeutschland produzierten Waren exportiert.

Eine Analyse der deutschen Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr ist also nicht nur für Ost- und Westdeutschland getrennt vorzunehmen; es sind auch in Westdeutschland das erste und das zweite Halbjahr gesondert zu betrachten. Bei realen Wachstumsraten von 4,5 Prozent im 1. Halbjahr und 1,9 Prozent im 2. Halbjahr wurde im ganzen Jahr 1991 in Westdeutschland (einschließlich West-Berlin) ein im Vergleich zu 1990 um 3,2 Prozent gestiegenes reales Bruttosozialprodukt erwirtschaftet. 1990 hatte die Zuwachsrate 4,5 Prozent betragen. In Preisen von 1991 gerechnet stieg das westdeutsche Bruttosozialprodukt um 7,8 Prozent auf 2 613 Mrd. DM.

Neben der Nachfrage aus den neuen Bundesländern gingen 1991 ebenso wie 1990 die stärksten Wachstumsimpulse von den *Ausrüstungsinvestitionen* aus. Die westdeutschen Unternehmen investierten 1991 *real* ein Zehntel mehr in Ausrüstungen (Produktionsapparaturen, Maschinen, Geräte, Elektronik, Nutzfahrzeuge und so weiter) als ein Jahr zuvor. Damals (1990) war bereits mit einem Zuwachs von fast 13 Prozent ein Rekordergebnis erreicht worden. Aber auch bei den Ausrüstungsinvestitionen war in der zweiten Jahreshälfte 1991 eine - allerdings leichte - Abschwächung der Investitionstätigkeit zu beobachten: Im 1. Halbjahr war die Zuwachsrate mit 12,4 Prozent noch etwa in gleicher Höhe wie im Jahre 1990; im 2. Halbjahr 1991 waren die realen Ausrüstungsinvestitionen aber „nur“ noch um 7,8 Prozent höher als vor Jahresfrist.

Bei den *Bauinvestitionen* beschleunigte sich indessen das Wachstumstempo im Jahresverlauf. Während in der ersten Jahreshälfte 1991 *real* um 2,6 Prozent mehr in Bauten investiert wurde als in der gleichen Vorjahreszeit, verdoppelte sich die Zuwachsrate im 2. Halbjahr auf 5,4 Prozent. Für das ganze Jahr 1991 ergibt sich daraus eine Zunahme um 4 Prozent.

Unterdurchschnittlich nahm sowohl während der beiden Halbjahre als auch im ganzen Jahr 1991 der *private Verbrauch* zu. Die *realen* Zuwachsraten

betragen im 1. Halbjahr noch 3,5 Prozent, in der zweiten Jahreshälfte aber nur noch 1,3 Prozent, 1991 insgesamt 2,4 Prozent; dies bei einer um 2,7 Prozent höheren Erwerbstätigenzahl. Schließlich stieg der *Staatsverbrauch* nur noch schwach an (1,2 Prozent).

Erstmals ein Minus im Export

Die nach Ost und West getrennte Sozialproduktberechnung kann zu einem falschen Bild über das *Ausfuhrgeschäft* führen. Denn im westdeutschen Rechenwerk zählen die Lieferungen in die neuen Bundesländer als Ausfuhr. Auf diese Weise kommt für 1991 ein kräftiger Anstieg der Exporte um 11,8 Prozent zustande. Darin sind aber Lieferungen nach Ostdeutschland in Höhe von 207 Mrd. DM enthalten. Werden diese herausgerechnet, ergibt sich für 1991 eine Abnahme der (preisbereinigten) Ausfuhr in das tatsächliche Ausland gegenüber 1990 um 1,8 Prozent. Hierin spiegelt sich die abgekühlte Weltkonjunktur mit teilweise rezessiven Erscheinungen wider.

Wird in jeweiligen Preisen gerechnet, dann war die *Warenausfuhr* aus der gesamten heutigen Bundesrepublik im Jahre 1991 mit 666 Mrd. DM um 2 Prozent niedriger als 1990. Die *Einfuhr* stieg dagegen boomartig um fast 13 Prozent an und erreichte eine Höhe von 645 Mrd. DM. Dieser Boom ist in erster Linie auf den extrem starken Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern zurückzuführen. Von ihm haben also nicht nur westdeutsche Firmen, sondern auch unsere Nachbarländer profitiert.

Die Ausfuhr aus der heutigen Bundesrepublik überstieg im Jahre 1991 die gleichzeitige Einfuhr nur noch um 21 Mrd. DM. Da die Bundesrepublik ständig ein hohes Defizit in der Bilanz der Übertragungen ins Ausland hat (zum Beispiel Überweisungen an die EG und die NATO sowie von ausländischen Arbeitnehmern in ihre Heimatländer) reichte dieser Betrag bei weitem nicht zum Ausgleich in der *außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz* aus. Es entstand im Jahre 1991 in der Leistungsbilanz ein Defizit von rund 34 Mrd. DM; das sind 1,3 Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit hat die Bundesrepublik erstmals seit zehn Jahren wieder ein Defizit in der Leistungsbilanz aufzuweisen. Wie gewaltig der fast ausschließlich vereinigungsbedingte Umschwung in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz ist, zeigt der Vergleich mit 1989: Damals wies die Leistungsbilanz einen Überschuß von 107,6 Mrd. DM auf; das entsprach 4,8 Prozent des damaligen Sozialprodukts. Der Außenhandelsüberschuß betrug sogar 134,6 Mrd. DM und machte fast 6 Prozent des Bruttosozialprodukts aus.

Das ostdeutsche Sozialprodukt ging um ein Drittel zurück

Mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion brach abrupt der Schutzzaun weg, der die Kommandowirtschaft der DDR 40 Jahre lang umgeben hatte. Sie wurde von heute auf morgen dem vollen Wettbewerbsdruck des westdeutschen Marktes und des Weltmarktes ausgesetzt. Die Einführung der D-Mark kam einer de-facto-Aufwertung der bis dahin geltenden

Währung um etwa 300 Prozent gleich. Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft sowohl in der Produktion als auch bei den Produkten sowie der Zusammenbruch der Handelsbeziehungen mit den Volkswirtschaften der ehemaligen Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten bewirkten einen dramatischen Rückgang von Produktion und Beschäftigung in den *neuen Bundesländern*. In *realer* Rechnung war das *Bruttosozialprodukt* dort im 1. Halbjahr 1991 nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) um rund 45 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.⁶ Im 2. Halbjahr 1991 war das Sozialprodukt immer noch um gut 20 Prozent niedriger. Im ganzen Jahr 1991 sank das *reale* Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern gegenüber 1990 um fast 35 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen war in der zweiten Jahreshälfte 1991 mit rund 6,6 Millionen um etwas drei Millionen niedriger als 1989.

Eine Beschäftigungs- und Wirtschaftskrise dieses Ausmaßes hat es in Deutschland seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre nicht mehr gegeben. Daß sie politisch nicht zu schweren Unruhen führt, ist vor allem Folge des historisch einmaligen Umverteilungsprozesses von West- nach Ostdeutschland. Bei hoffentlich vielen Bürgern in den neuen Bundesländern mag die Erkenntnis hinzukommen, daß ihr durchschnittlicher Lebensstandard schon heute weit über dem in den früheren „sozialistischen Bundesländern“ liegt und daß sie, verglichen mit den Einwohnern dort, eine bessere Perspektive haben.

Die Sozialproduktberechnung für 1991 liefert für das große Ausmaß des Umverteilungsprozesses von West nach Ost eindrucksvolle Zahlen: Das nominale Bruttosozialprodukt 1991 in den neuen Bundesländern betrug 193,1 Mrd. DM. Diese Wirtschaftsleistung hätte noch nicht einmal ausgereicht, um den privaten Verbrauch der Ostdeutschen in Höhe von 196,3 Mrd. DM zu decken, und auch nicht, um die Investitionen von 63 Mrd. DM und den Staatsverbrauch (zu dem Renten und Arbeitslosenunterstützung gehören) von 76,5 Mrd. DM zu finanzieren. Das Bruttosozialprodukt je Einwohner betrug in den neuen Bundesländern mit 12 000 DM nur knapp 30 Prozent des Betrags von 41 000 DM in Westdeutschland. Auch die Arbeitsproduktivität - gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen - machte 1991 in den neuen Bundesländern mit 26 300 DM nur fast 30 Prozent der westdeutschen (88 800 DM) aus. Der private Verbrauch je Einwohner erreichte 1991 mit 12 300 DM jedoch bereits knapp 57 Prozent des westdeutschen Verbrauchsniveaus (21 600). Dies war nur möglich durch sehr hohe Übertragungen in Form von öffentlichen Finanzhilfen; diese beliefen sich 1991 allein auf 135 Mrd. DM und damit 70 Prozent des ostdeutschen Sozialproduktes.

Vom *gesamtdesischen Bruttosozialprodukt* 1991 in Höhe von 2 807 Mrd. DM entfielen mit 193,1 Mrd. DM nur 6,9 Prozent auf die neuen Bundesländer. Der Bevölkerungsanteil beträgt jedoch rund 20 Prozent.

⁶ DIW-Wochenbericht v. 14.2.1992, S. 73 ff. und S. 80 f.

Über drei Millionen als arbeitslos gemeldet

Ende Januar 1992 waren in Ostdeutschland 1,34 Millionen Personen als Arbeitslose registriert, die Arbeitslosenquote betrug 16,5 Prozent. Gegenüber Ende 1991 stieg die Arbeitslosenzahl um 305 700. Diese starke Zunahme ist allerdings weitgehend darauf zurückzuführen, daß Ende 1991 für viele Erwerbstätige in den neuen Bundesländern die dort relativ günstige Kurzarbeiterregelung auslief; die Zahl der Kurzarbeiter ging um die Hälfte auf 519 700 zurück. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß ohne die stark ausgeweiteten arbeitspolitischen Maßnahmen die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland etwa 35 Prozent betragen würde. Fast 400 000 Personen seien im vierten Quartal 1991 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt gewesen, 390 000 in beruflicher Weiterbildung, 1,1 Millionen hätten Kurzarbeitergeld erhalten (im Januar 1992 „nur noch“ reichlich eine halbe Million). Ferner verließen 660 000 Personen den Arbeitsmarkt mit Hilfe der in Ostdeutschland geltenden Altersregelungen.⁷ Eine wesentliche Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes bedeuteten schließlich die mehr als eine halbe Million Pendler, die in Westdeutschland einen Arbeitsplatz gefunden haben.

Die Abkühlung der Konjunktur hat auch in Westdeutschland zu beachtlichem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Ende Januar 1992 waren mit 1,875 Millionen Arbeitslosen 144 000 Personen mehr arbeitslos als Ende Dezember 1991. Die Arbeitslosenquote betrug 6,3 Prozent. In der gesamten Bundesrepublik waren Ende Januar 1992 mehr als 3,2 Millionen Personen arbeitslos gemeldet.

Wende auf dem Ost-Arbeitsmarkt wohl erst 1993

Was nun die Voraussage über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1992 angeht, so ist auch hierbei eine nach Ost und West getrennte Aussage sinnvoll. „In den *neuen Bundesländern*, die noch mitten in einem Neuaufbau ihrer Wirtschaftsbasis stecken, bleibt die wirtschaftliche Lage schwierig. Aber der Erneuerungsprozeß wird vorankommen, denn die Investitionen werden mächtig angeschoben - durch staatliche Stellen und durch Unternehmen aus dem Westen. Das läßt erwarten, daß fortan auch die Produktivität kräftig ausgeweitet wird und sich die großen Unterschiede in der Leistungskraft zwischen den alten und den neuen Bundesländern erstmals etwas verringern werden“, schreibt der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten (Tz. 233). Er schätzt voraus, daß das reale Bruttozialprodukt in Ostdeutschland 1992 um fast 10 Prozent höher sein wird als 1991. Wie schwierig die Abschätzung des wirtschaftlichen Erneuerungsprozesses in Ostdeutschland ist, läßt sich daran erkennen, daß das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seiner Anfang Januar 1992 veröffentlichten Prognose mit einem realen Wachstum von 15 Prozent rechnet. Bei beiden Annahmen wird freilich

⁷ Der Arbeitsmarkt in Deutschland, DIW-Wochenbericht vom 30.1.1992.

das vor zwei Jahren vorhanden gewesene Produktionsniveau noch nicht wieder erreicht. Sowohl der Sachverständigenrat als auch das DIW sehen in den Investitionen den ausschlaggebenden Motor für das allmählich in Gang kommende Wirtschaftswachstum, und sie erwarten für 1992 fast übereinstimmend eine reale Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen von etwa 30 Prozent und der Bauten von 18 Prozent.

Von einem von eigenen Marktkräften getragenen Aufschwung kann allerdings noch keine Rede sein. Die Investitionstätigkeit wird vorrangig durch öffentliche Mittel und von westdeutschen Privatunternehmen finanziert. Die *öffentlichen Finanzhilfen aus Westdeutschland* werden sich 1992 voraussichtlich auf rund 170 Mrd. DM belaufen; 35 Mrd. DM mehr als 1991. Es sind fast 11 000 DM je Einwohner in den neuen Bundesländern und 2 700 DM je Einwohner in Westdeutschland. Geld ist jedenfalls in Ostdeutschland zur Zeit so viel da, daß es nicht der Engpaß für den wirtschaftlichen Neuaufbau sein kann. Engpässe bestehen vielmehr bei der Planungskapazität der Verwaltungen und des privaten Gewerbes sowie in der Kapazität der Bauwirtschaft, insbesondere der Zulieferer. Viele Investitionen scheitern „gegenwärtig nicht an der Frage ihrer Finanzierbarkeit, sondern unterbleiben als Folge eines Genehmigungsstaus.“⁸ Ein weiteres Investitionshemmnis bilden weiterhin die ungeklärten Eigentumsverhältnisse.

Trotz des Wirtschaftsaufschwungs wird die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt 1992 kaum niedriger, sondern eher noch etwas höher sein als Ende Januar mit 1,34 Millionen. Auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt können bessere Aussichten wohl erst für 1993 erwartet werden.

Die Bundesregierung rechnet in ihrem Ende Januar veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht 1992 damit, daß in *Westdeutschland* die *Zahl der Arbeitslosen* im Jahresdurchschnitt 1992 mit rund 1,8 Millionen um etwa 100 000 höher sein wird als 1991.⁹ Gleichzeitig wird jedoch die *Zahl der Erwerbstätigen* nochmals um 200 000 bis 300 000 zunehmen; gegenüber 1990 wäre sie dann sogar um rund eine Million auf 29,4 Millionen angestiegen. Dabei wird die Zahl der Pendler aus den neuen Bundesländern sich 1992 nochmals beachtlich erhöhen. Werden die Arbeitslosenzahlen von Ost und West zusammengenommen, dann ergibt sich, daß im Jahresdurchschnitt 1992 in *Deutschland* rund 3,2 Millionen Personen arbeitslos gemeldet sein werden.

Im Westen eine konjunkturelle Pause

Zur voraussichtlichen Entwicklung in diesem Jahr heißt es im Sachverständigen-Gutachten: „Die wirtschaftliche Entwicklung wird in den alten Bundesländern zunächst auf einem sehr flachen Pfad verlaufen. Denn die Kräfte, die bislang für Auftrieb sorgten, die Investitionen und die Lieferungen in die neuen Bundesländer, werden sich weiter abschwächen. Vom Export werden

⁸ Klemmer, a. a. O.

⁹ Jahreswirtschaftsbericht 1992, Bundestags-Drucksache.

zwar wieder Impulse kommen, aber nicht so starke, um ein ausreichendes Gegengewicht zu schaffen", (Tz. 233). „Dreh- und Angelpunkt unserer Prognose ist die Entwicklung beim Export (...) Nach den Ergebnissen unserer Prognose wird die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in fast allen Ländern nur verhalten sein, das heißt, die ausländischen Absatzmärkte deutscher Unternehmen werden nur schwach expandieren (...) Die für die westdeutschen Unternehmen liegen zum größten Teil in Westeuropa" (Tz. 234). Etwa drei Viertel der Ausfuhr geht in die europäischen Industrieländer. Dort erhole sich die Konjunktur jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte 1992 - „und nicht überall". Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß die konjunkturelle Erholung in den meisten Ländern vom privaten Verbrauch ausgehen wird, während die deutschen Unternehmen ihre Stärke im Export von Investitionsgütern haben; drei Fünftel unseres Exports sind Investitionsgüter.

Die Annahme im Jahreswirtschaftsbericht, daß *Westdeutschland 1992 real* zwischen 3,5 und 4,5 Prozent mehr *ausführen* wird als 1991, deckt sich mit Prognosen der meisten anderen Institutionen. Ungefähr deckungsgleich sind auch die *realen* Zuwächse bei den *Ausrüstungsinvestitionen* (zwischen 2,5 und 3,5 Prozent) und bei den *Bauten* (zwischen 1,5 und 2,5 Prozent). Der private *Verbrauch*, bis zum Sommer 1991 eine konjunkturelle Triebkraft, fällt 1992 als Motor völlig aus. Immerhin entfallen 57 Prozent der Inlandsnachfrage auf den Verbrauch der privaten Haushalte. Im Jahreswirtschaftsbericht wird mit seiner Zunahme um real 1,5 bis 2 Prozent gerechnet.

Alles in allem liegen die Prognosen über das *reale* (preisbereinigte) *Wirtschaftswachstum* in diesem Jahr zwischen ein und zwei Prozent. An sich kann eine ruhigere Gangart der Konjunktur nach einem mehrjährigen Boom nicht unerwünscht sein. Aber im Hinblick auf die gewaltigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft muß doch darauf gehofft werden, daß das Tempo der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte sich wieder beschleunigen wird. Die Dynamik der ostdeutschen Anlageinvestitionen — immerhin wird mit einem realen Zuwachs von 20 bis 25 Prozent gerechnet - müßte sich vom Herbst ab wieder stärker belebend auf die Konjunktur auswirken.

1991 und 1992 kein Anstieg der Reallöhne

Die Bundesregierung rechnet 1992 für Westdeutschland mit einem Anstieg der *Verbraucherpreise* um 3,5 Prozent, während fast alle Konjunkturforscher eine Verteuerung der Lebenshaltung um etwa 4 Prozent erwarten. 1991 waren die Verbraucherpreise um 3,5 Prozent gestiegen (in Ostdeutschland um 14,2 Prozent).

Der Anstieg der Verbraucherpreise 1991 war etwa ebenso hoch wie der Zuwachs der *Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten*. Brutto waren die Löhne und Gehälter je Beschäftigten zwar um 6 Prozent gestiegen. Erhöhungen der Steuern und Sozialabgaben bewirkten aber einen erheblich

geringeren Anstieg der Nettoeinkommen. Infolgedessen war der *Reallohn* 1991 im Vergleich zu 1990 nicht gestiegen, sondern unverändert geblieben. Geht es nach den Vorstellungen der Bundesregierung, dann wird 1992 *die Kaufkraft des durchschnittlichen Nettolohns* sogar etwas abnehmen: Einem Preisanstieg von etwa 4 Prozent würde eine Erhöhung der Nettolöhne je Beschäftigten um rund 3,5 Prozent gegenüberstehen. Das läßt sich jedenfalls aus der angenommenen Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 4,5 bis 5,5 Prozent errechnen.

In krassem Widerspruch zu dieser Wirklichkeit stehen die Behauptungen der Arbeitgeberpropaganda und konservativer Politiker von angeblicher Maßlosigkeit der gewerkschaftlichen Lohnpolitik im vergangenen Jahr. In der öffentlichen Diskussion über die Lohnpolitik wird außerdem völlig übersehen, daß die achtziger Jahre für die Unternehmen sehr fette Jahre waren; die Gewinne eilten den Löhnen explosionsartig davon. Die Lohnquote ist rapide gesunken.

Riesige Gewinnexplosion in den achtziger Jahren

Sicher ist richtig, daß sich die Einkommensumverteilung der achtziger Jahre zugunsten der Unternehmen kaum mit Erfolg in einer Zeit korrigieren läßt, in der ein gewaltiger Umverteilungsprozeß von West nach Ost — und damit auch hin zu den ostdeutschen Arbeitnehmern - im Gange ist. Solange aber Arbeitgeber und konservative Politiker meinen, es wäre richtig, der Öffentlichkeit die Gewerkschaften als verantwortungslos vorzuführen, sollte doch auf folgende Tatsachen hingewiesen werden:¹⁰

- Von 1982 bis 1990 explodierten die *realen Gewinne* (ohne Vermögenseinkommen) um 118 Prozent, die *Kaufkraft der Nettolöhne* und -gehälter je Arbeitnehmer stieg im gleichen Zeitraum um 11 Prozent. Vergleicht man das Boomjahr 1979 — das Jahr vor Beginn der weltweiten Rezession — mit dem Boomjahr 1990, dann ergibt sich immer noch eine reale Steigerung der Gewinne um 54 Prozent, der durchschnittlichen Nettolöhne aber nur um 6,4 Prozent.
- Die *Stückgewinne* sind in den achtziger Jahren erheblich stärker gestiegen als die *Lohnstückkosten*. Die Stückgewinne waren 1990 um 63 Prozent höher als 1980, die Lohnstückkosten stiegen im gleichen Zeitraum um 23 Prozent an.
- In den achtziger Jahren ist die *Steuerbelastung* der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erheblich gesunken: von 22,1 Prozent 1980 auf 15,2 Prozent 1990. Wie das DIW feststellt, habe der Staat „massiv in die Nettoverteilung eingegriffen und die am Markt ohnehin angelegte Umverteilung zugunsten der Unternehmen und der Bezieher hoher Einkommen noch einmal verstärkt. Trotz angespannter Haushaltslage setzt sich diese

¹⁰ Die Daten wurden von der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB nach Angaben des Statistischen Bundesamtes errechnet. DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Nr. 9/1991.

Politik mit der Ankündigung weiterer Entlastungen im Bereich der Unternehmen in den nächsten Jahren fort."¹¹

- Seit 1983 waren die eigenen Finanzmittel der Unternehmen stets höher als die gleichzeitigen Anlageinvestitionen. Selbst in den Investitionsboom-Jahren 1988 bis 1990 überstiegen die eigenen Finanzmittel der Unternehmen die Ausgaben für Anlageinvestitionen um über 20 Prozent. Kommentar der Bundesbank: „So reichlich war das Liquiditätspolster der westdeutschen Produktionsunternehmen bisher noch nie gewesen.“¹²

Angesichts dieser glänzenden finanziellen Verfassung der Unternehmen gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, die Gewerkschaften auf die Anklagebank setzen zu wollen. Erzielt wird damit ein Klima, das für die Bemühungen um einen Konsens der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen über einen gemeinsamen Weg zur Lösung der riesigen sich aus dem Vereinigungsprozeß ergebenden wirtschaftlichen Probleme schädlich ist.

Wer einen „Runden Tisch“ will, darf die Gewerkschaften nicht zu Prügelknaben machen

Der in letzter Zeit von vielen Politikern und Ökonomen erhobene Ruf nach einem Konsens der gesellschaftlichen Gruppen, nach einem „Runden Tisch“ oder nach einem „Kontrakt der Vernunft“ (DIW) sind durchaus begründet. Es hat sich gezeigt, daß „der in der Geschichte bisher einmalige Umwandlungsprozeß (...) die gemeinsame Anstrengung aller bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte“ erfordert.¹³ Der Zeit- und der Finanzierungsbedarf für den Umbau der ostdeutschen Wirtschaft wurden vom Bundeskanzler und seiner Regierung bei weitem unterschätzt. Tatsächlich wird dieser Prozeß selbst unter günstigsten Bedingungen die westdeutsche Wirtschaftskraft noch über das Jahr 2000 hinaus beanspruchen. Da wäre die Bereitschaft zu mehr Gemeinsamkeit bei allen wirtschaftlich wichtigen Gruppen schon hilfreich. Aber dann darf natürlich nicht versucht werden, die Gewerkschaften zu Prügelknaben der Nation zu machen.

Wer von den Gewerkschaften Augenmaß und Bereitschaft zum Konsens fordert, der muß selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist sowohl von Arbeitgebern und Unternehmern als auch von der Bundesregierung und ihrer Parlamentsmehrheit zu verlangen. Die von ihrer Anlage her preissteigernd wirkende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu erhöhen, die vereinigungsbedingte Erhöhung von Sozialabgaben einseitig den Arbeitern und Angestellten aufzubürden und nicht allen Bürgern, andererseits aber den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer nicht über den 30. Juni 1992 hinaus beizubehalten, die Vermögen- und einige Unternehmensteuern senken zu wollen - da grenzt es schon an Zynismus, wenn gleichzeitig die Arbeitnehmer und ihre Gewerk-

11 DIW-Wochenbericht 1-2/1992, S. 8.

12 Monatsbericht Mai 1991, S. 17. Zu den eigenen Finanzierungsmitteln der Produktionsunternehmen zählen Nettogewinne (abzügl. Unternehmerkonsum), Abschreibungen und staatliche Investitionszuschüsse.

13 So schrieben wir vor einem Jahr, siehe: GMH1/1991, S. 34.

Schäften zu Gemeinsamkeit und zu Augenmaß ermahnt werden. Und die Kürzung von Finanzmitteln für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Westdeutschland sowie von Landes- und Gemeindegeldern zur Finanzierung von Sozialhilfe, Krankenhilfe, Pflegemaßnahmen für Behinderte unter anderem bedeutet, daß ausgerechnet die sozial Schwächsten die relativ größte Belastung durch den Vereinigungsprozeß zu tragen haben. Durch solche unsoziale Politik wird die gesellschaftliche Stabilität in Westdeutschland gefährdet - diese Stabilität ist aber die Grundlage für die massive Hilfe an Ostdeutschland.

Der Bundeskanzler täte gut daran, wenn er auf den Rat seines Vorgängers Helmut Schmidt hören und selbst mit seiner Regierung „vorbildlich und beispielhaft“ handeln würde; Schmidt empfiehlt einen „Pakt für die Einheit“.¹⁴ Dazu gehöre der Verzicht auf die Produktion des Jäger 90 und eine Reihe weiterer militärischer Beschaffungen sowie die verbindliche Erklärung, daß die Regierung „in der gegenwärtigen Legislaturperiode keine Erhöhungen der indirekten Steuern (zu denen die Mehrwertsteuer gehört) oder zusätzlicher Sozialbeiträge beabsichtigt“. Die bereits beschlossene Mehrwertsteuererhöhung kann auch rückgängig gemacht werden, wenn die Regierenden es nur wollen.

Die D-Mark darf nicht abgeschafft werden!

Allein schon wegen der bis an die Grenzen der deutschen Wirtschaftskraft gehenden Belastung durch den Vereinigungsprozeß sollte das Parlament den Vertrag über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung noch in diesem Jahrzehnt ablehnen. Zwar sind in dem am 7. Februar 1992 in Maastricht von den EG-Mitgliedstaaten unterzeichneten Vertrag über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion Regeln aufgestellt worden, die deutschen stabilitätspolitischen Vorstellungen entsprechen: politische Unabhängigkeit der zu gründenden EG-Notenbank, Verpflichtung der Bank und der Regierungen zu Geldwert- und Preisstabilität und Ausschluß von Möglichkeiten, Haushaltsdefizite durch die Notenbank zu finanzieren. Indessen sind die Grundsätze die eine Seite und die später betriebene Politik eine andere. Wer kann zum Beispiel ausschließen, daß der Vorstand der EG-Zentralbank, in dem die Bundesbank nur einen Sitz hat, eine weniger straffe Geldpolitik betreiben wird, als es die Bundesbank tun würde?

Vor allem könnte aber nicht einmal die beste Zentralbank mit einer stabilitätsorientierten Geldpolitik Erfolg haben, wenn es keine gleichgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik der EG-Staaten gibt. Deshalb ist für eine wirkungsvolle Stabilitätspolitik nach Ansicht der Bundesbank eine Politische Union unerlässlich. Ursprünglich war die Schaffung einer Politischen Union auch die Bedingung dafür, daß Bundeskanzler Kohl einer Währungsunion zustimmt. Er konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Daß er dennoch in Maastricht „das

14 Helmut Schmidt, Ein Pakt für die Einheit, Die Zeit vom 14. 2.1992, S. 32 ff.

Faustpfand der Währungsunion für die Gewinnung des nötigen politischen Rahmens ohne Not aus der Hand gegeben" hat, wie die FAZ (vom 12. Dezember 1991) kritisierte, war ein schwerer politischer Fehler.

Jedenfalls stehen mit der Europäischen Währungsunion „gewaltige Transferzahlungen von den reicheren in die ärmeren Länder ins Haus", wie Karl Schiller zu Recht befürchtet.¹⁵ „Sie werden von den Südländern gefordert mit dem Hinweis auf allgemeine Rückstände im Entwicklungsprozeß" und mit einer Vielzahl anderer sicherlich gewichtiger Argumente. Schiller verweist auf die deutsche Währungsunion, die mit einem gewaltigen Finanztransfer von West nach Ost verbunden sei. Vorrang in der deutschen Politik müsse jedoch die „Vollendung des noch weit zurückliegenden wirtschaftlichen und staatlichen Neuaufbaus in den neuen Bundesländern" haben, außerdem die Hilfe für die marktwirtschaftlich orientierten Länder Ost- und Mitteleuropas und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, „damit diese nicht ins Bodenlose stürzen".

Alle drei Aufgaben „haben ein immenses ökonomisches Gewicht, und sie sind unaufschiebbar". Zusammen mit dem Übergang zur Europäischen Währungsunion wurden wir „uns schrecklich überheben". Dagegen sei die Europäische Währungsunion „durchaus aufschiebbar", zumal niemand in Europa „von dem unwiderstehlichen Drang besessen" sei, seine eigene Währung aufzugeben. Deshalb, aber auch noch aus anderen wichtigen Gründen, spricht sich Schiller für eine „ehrliche Vertagung des Gegenstandes" aus.

Bundestag und Bundesrat, die den Vertrag ratifizieren müssen, sollten dem großen Chor der den Vertrag ablehnenden Sachkenner folgen. Zu fragen ist übrigens, ob für eine Zustimmung zu dem Vertragswerk nicht verfassungsändernde Mehrheiten erforderlich sind. Denn „eine Europäische Währungsunion, die zur Ablösung der D-Mark und der Deutschen Bundesbank als der Währungs- und Notenbank nach Artikel 88 Grundgesetz führt, bedeutet eine Umgestaltung der Währungsordnung, also eines wesentlichen Bestandteils der deutschen Rechts-, Wirtschafts- und Verfassungsordnung".¹⁶

¹⁵ Karl Schiller, Deutschland ohne D-Mark?, Der Spiegel Nr. 50/1991, S. 130/31.

¹⁶ Lothar Müller (Präsident der Landeszentralbank Bayern), Vortrag. Auszug aus Presseartikeln, hrsg. v. d. Bundesbank, vom 14.1.1992, S. 9.